

## Inhaltsverzeichnis

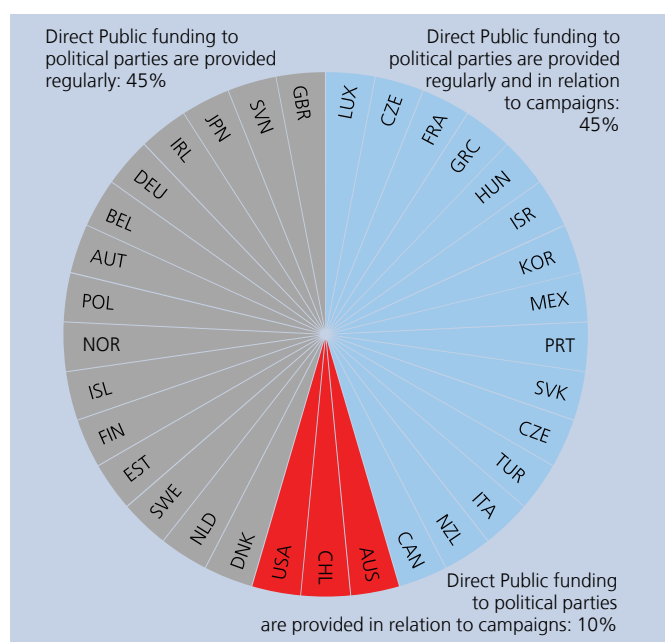
01	Finanzierung der Politik: müssen die Ausgaben gedrosselt werden? « <i>Financing Democracy</i> »	2
02	«Emergence 2020» der Elfenbeinküste: was dazu noch fehlt... « <i>Better Policies for Development 2015</i> »	3
03	Südosteuropa: Stärkung der Beschäftigungspolitik « <i>Competitiveness in South East Europe</i> »	4
04	Föderale Steuersysteme: Chancen und Herausforderungen « <i>Institution of Intergovernmental Fiscal Relations</i> »	5
05	Grundwasser in der Landwirtschaft: für eine nachhaltige Nutzung « <i>Drying Wells, Rising Stakes</i> »	6
06	Die nächsten 50 Jahre: hoher Reformbedarf, um den Herausforderungen zu begegnen « <i>Policy Challenges for the next 50 years</i> »	7
07	Weitere Publikationen	8
08	OECD Kalender	8

## 01. Finanzierung der Politik: müssen die Ausgaben gedrosselt werden? «Financing Democracy»

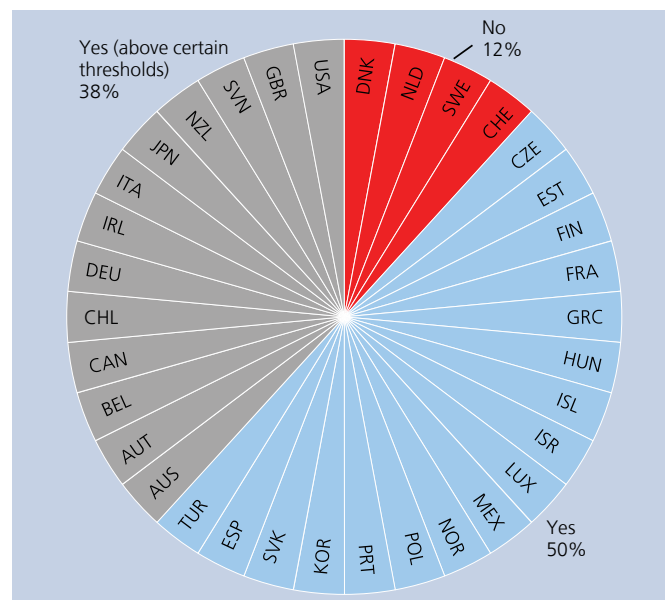
In ihrem Bericht «Financing Democracy» liefert die OECD eine Übersicht über die Systeme der Finanzierung der politischen Parteien und ihrer Wahlkampagnen. Sie beschäftigt sich dabei auch mit der Gefahr, dass die Politik in den Mitgliedstaaten von Interessengruppen in Beschlag genommen wird. Ihrer Analyse zufolge setzen zahlreiche Mitgliedsländer die Reglementierung hinsichtlich der Finanzierung der politischen Parteien und der Ausgaben für Wahlkampagnen nicht vollständig um. Problematischer noch ist es, dass gewisse Länder weiterhin Lücken aufweisen, die sich einflussreiche private Interessengruppen zunutze machen. Es geht hier um die Definition und Beaufsichtigung von Kampagnen von «Dritten», welche von Organisationen oder Individuen geführt werden, bei denen es sich weder um Parteien noch um Kandidaten handelt. Mit der Globalisierung wird die Reglementierung der Finanzierung politischer Parteien noch etwas komplizierter, weil beispielsweise multinationale Unternehmen und/oder reiche ausländische Einzelpersonen nationale kommerzielle Interessen in ihrem Gastland durchsetzen wollen.

Eine Verschärfung der geltenden Reglementierung und eine striktere Anwendung der Sanktionen könnten nach Ansicht der OECD helfen, das Vertrauen der Bürger wiederherzustellen, die bei Wahlen die Parteien skeptisch betrachten und private Einflüsse und/oder eine externe Einmischung in das demokratische Leben befürchten. In

### Direct public funding to political parties in OECD countries



### Ban on anonymous donations to political parties in OECD countries



ihrer Praxis bei der Finanzierung der politischen Parteien unterscheiden sich die Länder der OECD relativ stark. Interessant ist immerhin die Feststellung, dass alle Staaten mit Ausnahme der Schweiz die Parteien mit öffentlichen Geldern finanzieren (siehe Grafik links). In der Frage, ob Spender anonym bleiben können, besteht in der Hälfte der OECD-Länder ein Verbot anonymer Spenden für Parteien, zwölf verbieten diese erst ab einem bestimmten Betrag, und in vier (darunter in der Schweiz) sind sie zulässig (siehe Grafik oben). Hinsichtlich der Transparenz unterstreicht die OECD, dass alle Länder ausser der Schweiz wiederum sowie Spanien und der Türkei, Angaben über die Finanzierung und Mittel der Parteien und ihrer Kandidaten veröffentlichen.

Bei der Veröffentlichung des Berichts anlässlich des Treffens des Globalen Parlamentariernetzwerks der OECD am 4. Februar 2016 wollte das Sekretariat sich an die direkt betroffenen und eventuell auch gefährdeten Personen wenden. In der Folge hat die OECD schliesslich ihre Vergleichsdaten verbessert und Indikatoren zur Problematik der Finanzierung der Demokratie ausgearbeitet. Das Ziel dabei ist es, gerechte Spielregeln zu fördern und Parteien, Staatsvertreter sowie Spender zu einer Kultur der Aufrichtigkeit zu ermutigen.

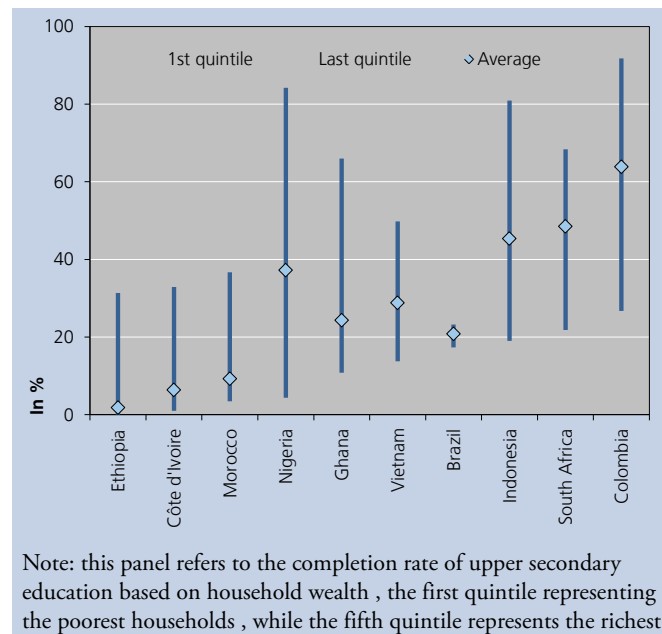
> Inhaltsverzeichnis

## 02. «Emergence 2020» der Elfenbeinküste: was dazu noch fehlt... «Better Policies for Development 2015»

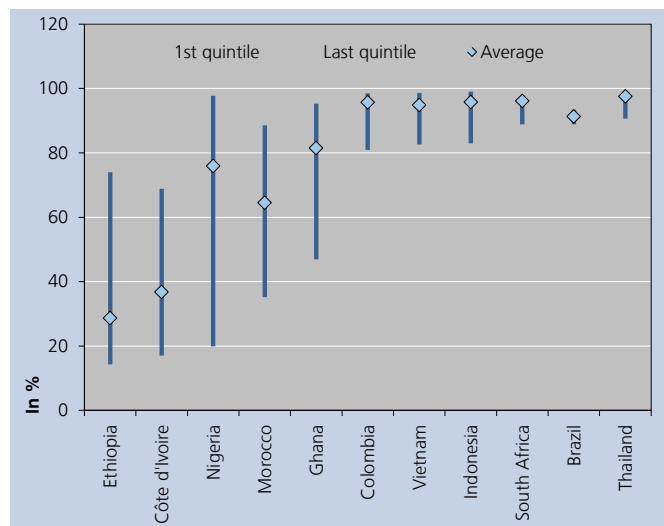
Seit 2012 erarbeitet eine Gruppe des Development Center der OECD Analysen von Entwicklungsländern mit dem Anspruch, alle für ein nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum relevanten Dimensionen zu berücksichtigen. Diese Analysen werden auf Nachfrage hin erstellt und in der Regel mit hochrangigen Regierungsvertretern, namentlich aus den Finanz- und Planungsministerien des jeweiligen Landes, jeweils den konkreten Bedürfnissen angepasst.

Dies war auch der Fall für die Elfenbeinküste. Im Anschluss an mehrjährige Konflikte hat sich die ivorische Führung zum Ziel gesetzt, die Elfenbeinküste schon bis 2020 zu einem Schwellenland zu entwickeln. Dabei wird vor allem an die Wirtschaft gedacht. Die Elfenbeinküste war in der Vergangenheit bereits mit der Kakaoexportwirtschaft als Eckpfeiler ein ökonomisches Schwergewicht in Westafrika. Ende der Siebzigerjahre betrug das durchschnittliche Prokopf-Jahreseinkommen 1750 USD. Dieses Niveau ist bis heute nicht wieder erreicht worden – 2013 betrug es 1284 USD.

### Secondary graduation rates



### Elementary graduation rates



Die Analyse zeigt klar auf, dass für die Entwicklung zu einem Schwellenland noch viele Hindernisse zu überwinden sind. Um nur eines davon zu erwähnen: das Bildungssystem. Der Bericht bezeichnet es als «die grösste Schwäche» dieses Landes. Nicht nur ist der Anteil der Analphabeten (56%) sehr hoch, auch sind die Schulabschlüsse (der Primar- und Sekundarstufe) nach sozioökonomischen Kriterien sehr ungleich verteilt. Im Vergleich mit anderen Entwicklungsländern schneidet die Elfenbeinküste dabei schlecht ab, wie dies die Grafiken zeigen.

Ein kleiner Lichtblick sind Fortschritte im Bereich der öffentlichen Finanzen. Man darf hoffen, dass dies auch zur nachhaltigen Verbesserung des Schulsystems beitragen kann.

> Inhaltsverzeichnis

### 03. Südosteuropa: Stärkung der Beschäftigungspolitik «Competitiveness in South East Europe»

Im kürzlich publizierten Bericht «*Competitiveness in South East Europe*» befasst sich das OECD-Sekretariat für internationale Beziehungen mit der Wettbewerbsfähigkeit in Südosteuropa (Albanien, Bosnien-Herzegowina, Mazedonien, Kosovo, Montenegro, Serbien) und namentlich mit fünfzehn für das Wirtschaftswachstum kritischen Bereichen der Politik. Den politischen Verantwortungsträgern soll damit ein Vergleich mit den besten Praktiken der OECD-Länder, aber auch mit den Leistungen der anderen Länder der Region erleichtert werden.

Dank der Liberalisierung der Investitionen und der Schaffung eines positiveren Geschäftsklimas hatte sich zu Beginn des 21. Jahrhunderts das Wachstum der Länder dieser Region Europas den EU-Ländern und den OECD-Staaten angenähert. Die Krise von 2008 hatte jedoch in der Mehrheit der Länder dieser Region eine deutliche Verlangsamung des Wachstums mit entsprechend schweren sozialen Auswirkungen zur Folge. Das erfordert nun eine aktive Politik mit strategischen Zielen. Die Wettbewerbsfähigkeit wird dabei zu einer Priorität, um das Wirtschaftswachstum zu stimulieren und das Wohlergehen der Bürger zu fördern. Ohnehin haben sich diese Volkswirtschaften im Rahmen ihrer Bestrebungen, die Kriterien der EU-Mitgliedschaft zu erfüllen, darauf verpflichtet, vorab ihre Wettbewerbsfähigkeit zu stärken.

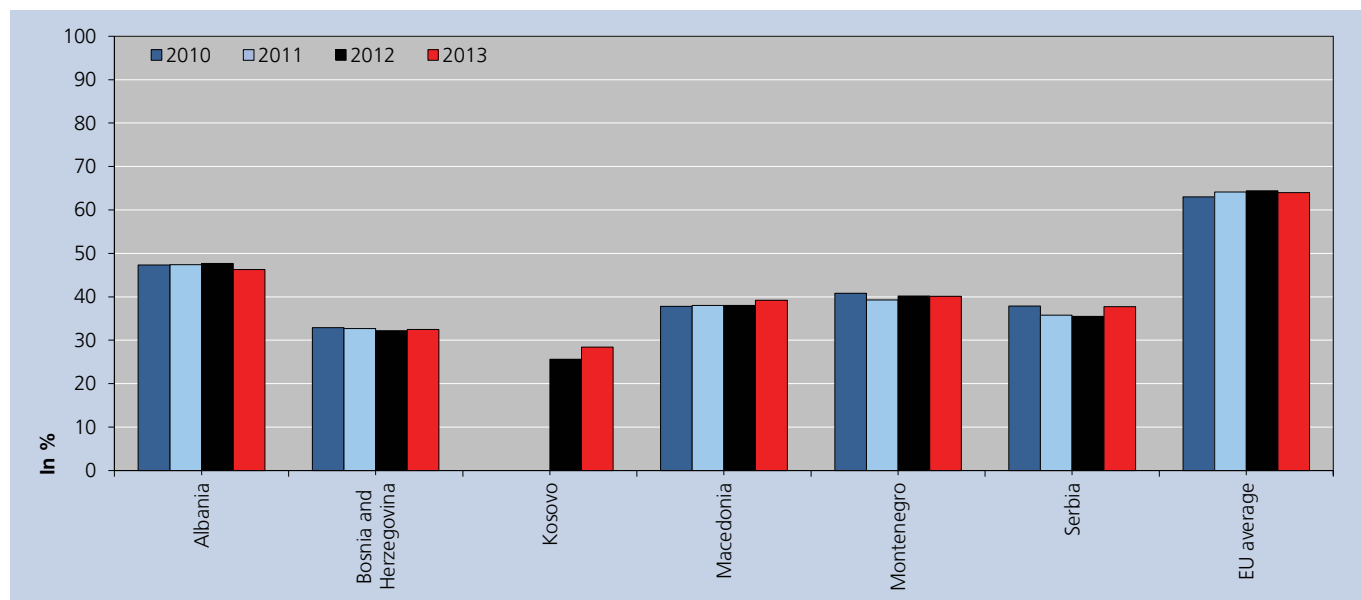
Die Beschäftigungspolitik ist einer der fünfzehn Bereiche, welche die OECD in ihrem Bericht behandelt. Seit

der Krise von 2008 sind die Resultate der Region in der Beschäftigung stark gesunken. Der Beschäftigungsgrad lag 2013 bei nur 37% der erwerbsfähigen Bevölkerung (64% in den EU-Staaten), die Quoten der Jugendarbeitslosigkeit und die Langzeitarbeitslosigkeit gehören zu den höchsten in Europa (siehe Grafik). Diese schlechten Ergebnisse beeinträchtigen nicht nur das mittel- und langfristige Wirtschaftswachstum, sie stellen auch ein ernsthaftes soziales Problem in dieser Region dar. Es ist darum zwingend notwendig, Arbeitsplätze zu schaffen. Dies muss jedoch im Rahmen von Institutionen, Gesetzen und Praktiken erfolgen, die sich eine Verbesserung des Arbeitsmarktes zum Ziel setzen. In dieser Hinsicht macht die OECD folgende Empfehlungen:

- Aktive Arbeitsmarktpolitik (Arbeitsprogramme für Junge, Bildungsmöglichkeiten für Langzeitarbeitslose usw.);
- Ausbau der Leistungen der öffentlichen Dienste für die Beschäftigung;
- Anpassung der Beschäftigungsstatistiken an die Eurostat-Normen (EU-Statistik), damit es leichter wird, von guten Beispielen der anderen zu lernen;
- Verbesserung der Mittel zur Aufdeckung und Bestrafung im Kampf gegen Schwarzarbeit;
- Ausarbeitung eines gesetzlichen Rahmens für die sozialen Unternehmen.

> Inhaltsverzeichnis

#### Employment rate of 15 year-olds and over



## 04. Föderale Steuersysteme: Chancen und Herausforderungen «Institution of Intergovernmental Fiscal Relations»

Die Wirtschaftskrise hat die Staaten weltweit hart getroffen und dazu geführt, dass viele Staatshaushalte heute instabil und defizitär sind. Wie dies die OECD-Studie *«Institutions of Intergovernmental Fiscal Relations – Challenges ahead»* (gemeinsam mit dem «Korea Institute of Public Finance» herausgegeben) belegt, hängen langfristige Stabilität, Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit der öffentlichen Haushalte weitgehend von den fundamentalen Rahmenbedingungen der Finanzpolitik und der sie definierenden Finanzverfassung ab. Die Finanzverfassungen bestimmen die Regeln und Richtlinien, die mittels Ausführungsgesetzen umgesetzt werden. Sie leiten die Finanzpolitik und führen letztlich zu deren Erfolg oder Misserfolg. Zu den Aufgaben der Finanzpolitik gehört es nicht nur, für einen verantwortungsvollen Einsatz der öffentlichen Mittel zu sorgen, sondern auch einen ausgewogenen Ausgleich zwischen den Budgets verschiedener Regierungsebenen, Körperschaften und Regionen sicherzustellen.

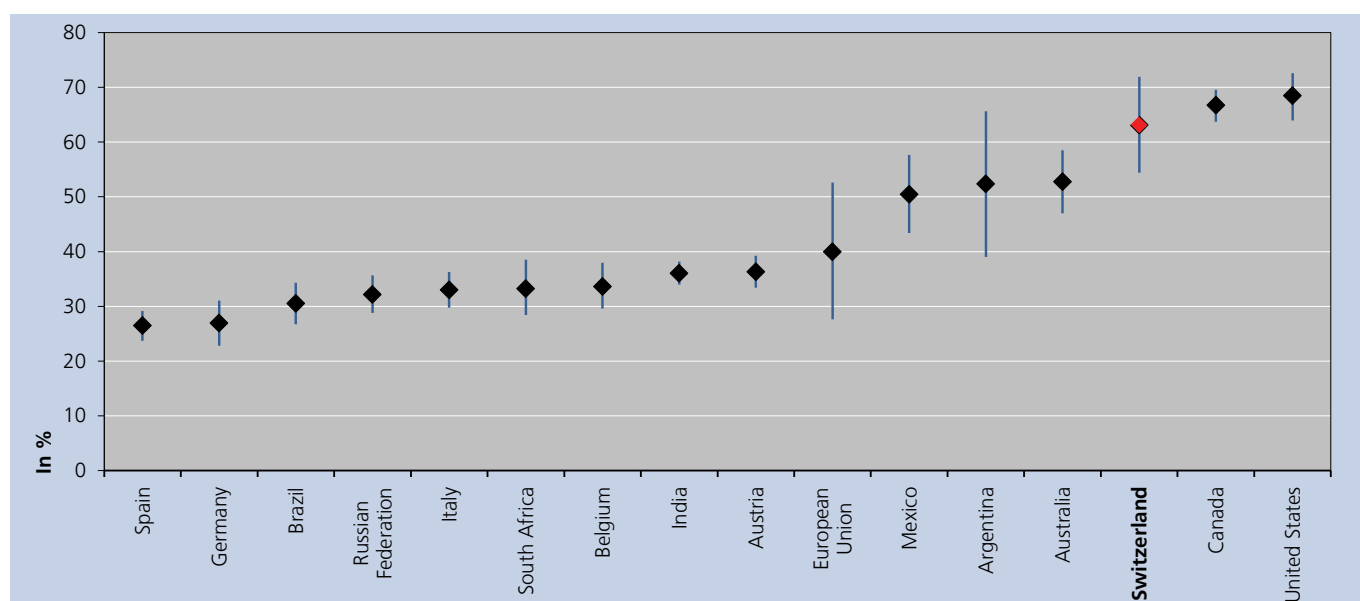
Diese finanzielle Umverteilung ist in dezentral organisierten Staaten und Staatsgebilden besonders heikel. In den Finanzverfassungen dieser Staaten kann es vermehrt zu Inkohärenzen kommen, beispielsweise aufgrund der Diskrepanz zwischen finanzieller Zuständigkeit und politischer Verantwortung. Innerhalb der Europäischen Union (EU) wird dies deutlich sichtbar (siehe Grafik). Zwar wird die EU aufgrund einer fehlenden Verfassung nicht als

föderales Gebilde betrachtet, dennoch weist sie wesentliche Merkmale eines Bundesstaats auf. So besitzt sie einen Binnenmarkt, ein gemeinsames (kleineres) Budget und in verschiedenen Gebieten – ausser eben im Fiskalbereich – politische Mehrheitsweisung. Die Bausteine der EU-Finanzverfassung passen eher schlecht zusammen: Einerseits gewähren die EU-Fiskalregeln den subföderalen Einheiten, also den Mitgliedstaaten, weitgehende Autonomie. Diese dürfen frei über ihre Finanzstrategie, die Höhe der Steuereinnahmen und die Nutzung der Ausgaben entscheiden. Andererseits verlangt die Teilnahme am europäischen Fiskalsystem (die sog. Fiskalunion) weitgehende finanzielle Kooperation und Solidarität sowie die Einhaltung strenger Gemeinschaftsregeln, z.B. im Bereich der Haushaltsdefizite oder der Verschuldung.

In föderalen Strukturen sollten deshalb die einzelnen Körperschaften eindeutig definierte Finanzzuständigkeiten sowie geeignete Durchsetzungskompetenzen erhalten, damit sie in der Lage sind, ihren öffentlichen Auftrag richtig auszuführen und eine nachhaltige Finanzstabilität zu gewährleisten. So können Probleme wie Inkohärenz, Fehlanreize oder mangelnde Zuständigkeit in der föderalen Finanzarchitektur vermieden werden – und dies nicht nur in der EU.

> Inhaltsverzeichnis

**The European Union's fiscal constitution: degree of decentralisation and coherence**



## 05. Grundwasser in der Landwirtschaft: für eine nachhaltige Nutzung «Drying Wells, Rising Stakes»

Im Bericht «*OECD Studies on Water*» werden die Tendenzen bei der Nutzung des Grundwassers und die existierenden politischen Instrumente zur Regulierung des Verbrauchs untersucht. Das Grundwasser stellt einen wachsenden Teil der bewässerten Landwirtschaft sicher. Global wird mehr als 40% des Grundwassers für die Bewässerung verwendet. In den OECD-Ländern beträgt diese Nutzung 20%. Zusammen mit der wachsenden Nachfrage aus anderen Sektoren hat die für die Bewässerung kurzfristig vorteilhaft erscheinende Ausbeutung dieser Ressourcen dazu geführt, dass die unterirdischen Wasserreserven in bestimmten Regionen über das Niveau der Erneuerung hinaus genutzt werden, was ein Sinken des Grundwasserspiegels samt den damit verbundenen kurz- und langfristigen Konsequenzen zur Folge hat. Mit der Zuspitzung des Wassermangels in einer wachsenden Zahl von Regionen verschärfen sich auch die Probleme des Grundwasserhaushalts.

Daher wird eine kontrollierte Nutzung der Grundwasservorkommen immer wichtiger. Es muss dabei ein längerfristiges Ziel werden, den Status des Grundwassers so zu ändern, dass dieses nicht mehr als blosser Rohstoff der Landwirtschaft, sondern als nachhaltig zu nutzendes Reservoir betrachtet wird. Es muss berücksichtigt werden, dass innerhalb der OECD die Politik bei der Regulierung der Grundwassernutzung durch die Landwirtschaft stark variiert und zum Teil von spezifischen regionalen Sachzwängen bestimmt wird.

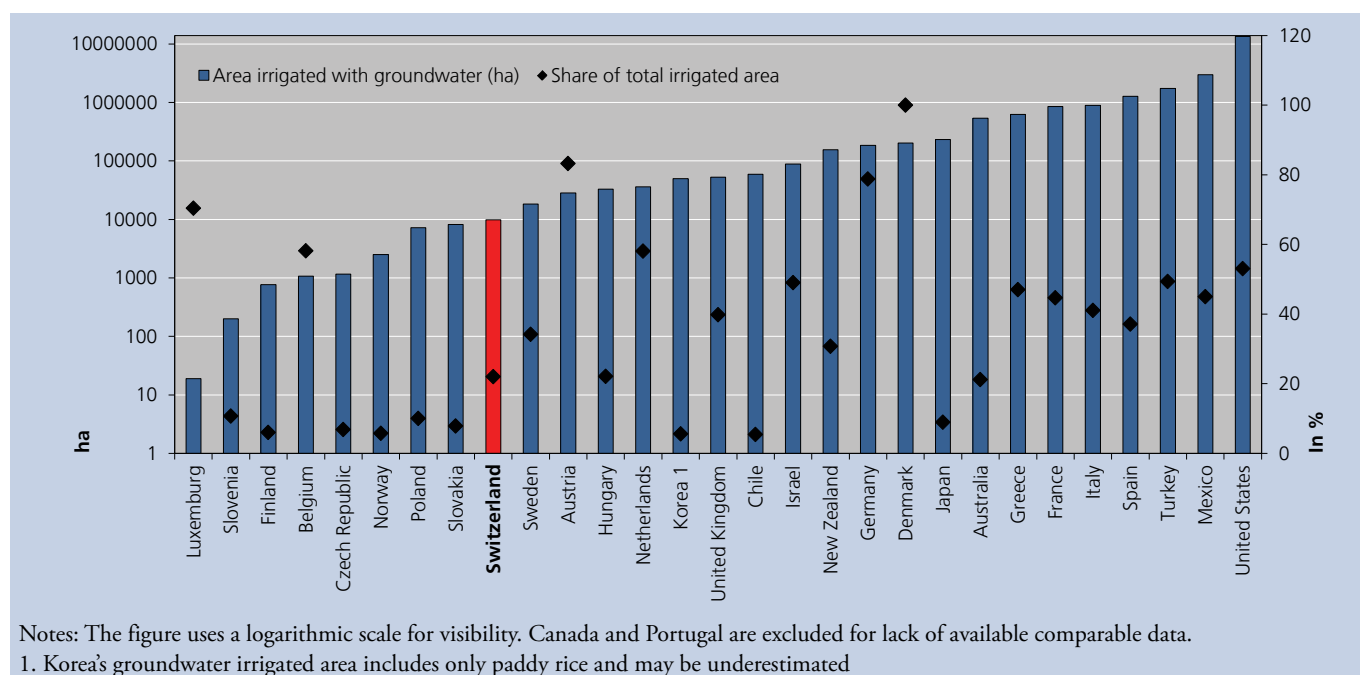
Im Bericht wird ausgeführt, was zur verbesserten Regulierung der Grundwassernutzung erforderlich ist. Einerseits geht es darum si-

cherzustellen, dass die Voraussetzungen einer erfolgreichen Verwaltung geschaffen werden. Das bedeutet: Es müssen ausreichende Kenntnisse der Wasservorkommen und deren Nutzung existieren; das Wasser an der Oberfläche und unter der Erde muss in kombinierter Weise verwaltet werden; Ausgangspunkt sollte die Nachfrage sein; die effektive Umsetzung der existierenden Reglementierungen muss gefördert werden und die nicht mit dem Wasser verbundenen Interventionen, die wie z.B. Subventionen zu Preisverzerrungen führen können, sind zu vermeiden. Andererseits muss die Politik auf drei Grundpfeilern beruhen: Grundwassernutzungsrechte, die dem lokalen Kontext entsprechen; ein Vorgehen, dass die kollektive Aktion bevorzugt; Vorschläge, die eine effiziente Lösung der Probleme mit wirtschaftlichen Instrumenten ermöglichen. Nicht zuletzt sollen die Massnahmen zur Erhöhung der Produktivität des Wassers in der Landwirtschaft und die Verbesserung neuer Mechanismen der Nachschubsicherung wie Lagerung oder Wiederverwendung eine zusätzliche Handhabe bei besonders hohem Wasserbedarf liefern.

Während der Anteil (20%) der mit Grundwasser bewässerten Fläche in der Schweiz dem Durchschnitt der OECD-Länder entspricht, ist die gesamte bewässerte Fläche (10.000 ha) relativ gering im Vergleich zu ihren direkten Nachbarchländern (siehe Grafik).

> Inhaltsverzeichnis

### Area irrigated with groundwater and proportion of total irrigated areas in OECD countries (2010)



## 06. Die nächsten 50 Jahre: hoher Reformbedarf, um den Herausforderungen zu begegnen «Policy Challenges for the next 50 years»

Versuche, Entwicklungen über einen Zeitraum von 50 Jahren vorauszusagen, erzeugen häufig bloss ein müdes Lächeln. Denn verlässliche Prognosen lassen sich in der Regel nur auf einige Jahre hinaus erstellen. Trotzdem lohnt sich die Lektüre der Studie «*Policy challenges for the next 50 years*». Diese identifiziert und analysiert Herausforderungen, mit denen OECD-Mitglieds- und Partnerländer im Verlauf der nächsten 50 Jahre konfrontiert sein könnten, falls sich die derzeit erkennbaren globalen Tendenzen bezüglich Wachstum, Handel, Ungleichheit und Umweltbelastung bestätigen. Die Autoren gehen in ihrem Szenario grundsätzlich davon aus, dass

- 1.) die Dominanz der Volkswirtschaften in den Schwellenländern, insbesondere in Asien, weiter zunehmen wird und sich das globale Wachstum von durchschnittlich 3,6% (2014-30) auf 2,7% (2030-60) abschwächen dürfte;
- 2.) die globalen Handelsverflechtungen bei einer wachsenden Spezialisierung der Volkswirtschaften weiter zunehmen werden;
- 3.) sich der Ausstoss von Treibhausgasen zwischen 2010 und 2060 verdoppeln wird;
- 4.) die Einkommensunterschiede in den OECD-Ländern bis 2060 um 30% zunehmen werden;
- 5.) die Steuerbelastung aufgrund steigender Ausgaben für die Altersvorsorge, Gesundheit und Erziehung bis 2060

im Jahresdurchschnitt auf 7% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) anwachsen wird, wenn die Staatsschulden bei 60% des BIPs stabilisiert werden sollen; und

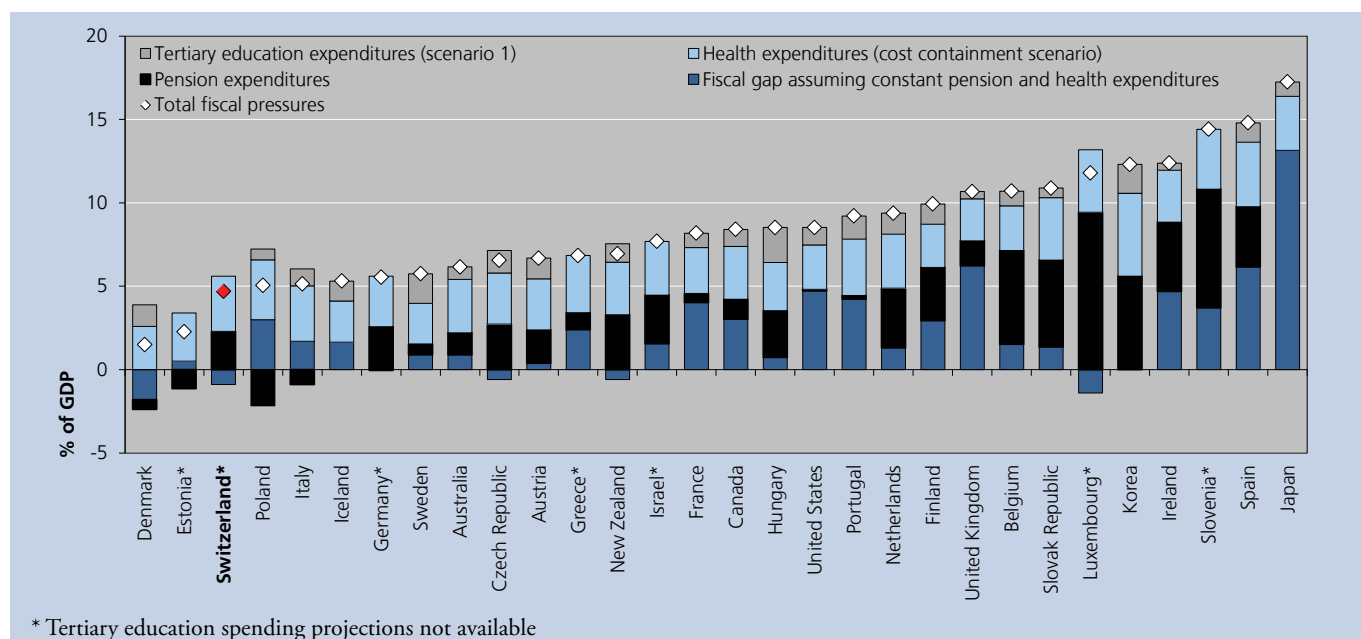
6.) die globalen Ungleichgewichte der Leistungsbilanz mittelfristig zunehmen werden, falls nicht bedeutende Steuer- und Strukturreformen durchgeführt werden. Zur Bewältigung dieser Herausforderungen müsste nach Ansicht der Autoren namentlich die internationale Koordination in der Politik verbessert werden. Sie messen dabei vier Schlüsselbereichen besondere Bedeutung bei:

- 1.) Beschleunigung der globalen Integration, einschliesslich der Förderung von Migration;
- 2.) Erhöhung der Widerstandskraft der Institutionen bei (demografischen) Schocks;
- 3.) Drosselung der Emission von Treibhausgasen, um den Klimawandel abzufedern; und
- 4.) Förderung der wissensbasierten Ökonomie, die in Zukunft die Antriebskraft des Wirtschaftswachstums darstellen wird.

In ihren Ausführungen klammern die Autoren allerdings die Frage aus, wie angesichts der hohen Verschuldung und hartnäckiger Reformwiderstände in den Ländern diese notwendigen Änderungen durchgesetzt werden können.

> Inhaltsverzeichnis

### Fiscal pressures in the OECD area are large



## 07. Weitere Publikationen

«*Low-Performing Students - Why They Fall Behind and How To Help Them Succeed*»

Paris, 10. Februar 2016

«*Economic Policy Reforms 2016 : Going for Growth – Interim Report*»

Paris, 26. Februar 2016

«*Recommendation of the Council on Gender Equality in Public Life*»

Paris, 8. März 2016

«*OECD Tourism Trends and Policies 2016*»

Paris, 9. März 2016

«*Governing Education in a Complex World*»

Paris, 12. April 2016

## 08. OECD-Kalender

OECD Forum

Paris, 31. Mai – 1. Juni 2016

2016 Ministerial Council Meeting

Paris, 1.-2. Juni 2016

OECD Ministerial Meeting on the Digital Economy

Cancùn, 21.-23. Juni 2016